



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/101 - 6. Mai 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24634 - 33
Fernschreiber 0896890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Zwei Besuche in Bonn Debré und Hertler bei Adenauer - Worum es geht	63
3 - 4	"Harmonie des Schweigens" - von London gesehen Westliche Einheit in der Abwehr - aber nicht in einer positiven Politik Von unseren E.A.-Korrespondenten in London	68
5	Wenn Chruschtschow nach Oslo kommt ... Norwegen will vermitteln	42
6	LEGIÓN CONDOR ... "Was wissen Sie von Hitler?"	52
7	<u>Das Minuten-Interview:</u> MdB Egon Franke Landesvorsitzender der SPD in Niedersachsen zur Regierungsbildung in Hannover	30

* * *

* * *

Zwei Besuche in Bonn

sp - Frankreichs Ministerpräsident Debré hat mit seinem Besuch bei Adenauer eine Aufgabe übernommen, deren Lösung der Quadratur des Kreises gleichkommt. Ein Blick auf die französische Presse, die dem Debré-Besuch in Bonn große Bedeutung beimißt, zeigt, um was es hierbei wirklich geht. In diplomatischen Kreisen der Bundeshauptstadt wird kein Geheimnis daraus gemacht, daß Staatspräsident de Gaulle von seinem Freund Adenauer erwartet, er werde während der Genfer Konferenz keine Schwierigkeiten machen, wenn Frankreichs Außenminister und frühere Botschafter in der Bundesrepublik, Ccuve de Murville, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze - von de Gaulle bereits öffentlich ausgesprochen - als Mittel zur Einschaltung Frankreichs bei allen Versuchen der Überbrückung von Schwierigkeiten mit dem Osten anbietet. Ein Protest Adenauers würde das Konzept der Franzosen stören. Deswegen muß Debré sich in Bonn versichern, daß Adenauer diese Frage - sollte sie auf der Genfer Außenminister-Konferenz aufgeworfen werden - mit Schweigen übergeht. Die Heimatvertriebenen-Verbände, die eine Beobachter-Delegation nach Genf schicken, sind bereits alarmiert. Wie aus diesen Kreisen verlautet, wollen sie besonders darauf achten, welche Haltung die Vertreter der Bundesregierung zum Oder-Neiße-Problem einnehmen.

Ministerpräsident Debré bringt Herrn Adenauer für das erhoffte Stillschweigen bei einem eventuellen französischen Vorstoß in der Oder-Neiße-Frage einen "Ausgleich" mit. In Paris weiß man sehr gut, daß der Bundeskanzler in den letzten Wochen jeden erdenklichen Versuch unternommen hat, um einen westlichen Vorschlag zu Verhandlungen über eine militärische Entspannungszone in Europa zu torpedieren.

In dieser Frage kann sich Adenauer auf Paris verlassen. Dort wird man den englischen Vorstößen in Richtung auf ein militärisches Disengagement die kalte Schulter zeigen und die bundesrepublikanische These unterstützen, wonach schon das Eingehen auf militärische Entspannungsthemen als "Vorleistung" gegenüber den Russen gewertet wird.

In Paris hat man für diese Haltung aus Gründen, die in der französischen Politik zu suchen sind, durchaus Verständnis. Die rechts-

stehende Pariser Zeitung "Aurore", ein Blatt, das im allgemeinen über de Gaulles Absichten sehr gut informiert ist, verkündete heute ihren Lesern, warum Frankreich gegen eine militärische Entspannung oder Abrüstung in Mitteleuropa ist. Da heißt es nach einem Hinweis darauf, daß man den Russen keinerlei Konzessionen machen dürfe:

"Auf der anderen Seite kann sich Frankreich nicht mit einer noch so geringen Abrüstung einverstanden erklären, solange der Algerienkrieg nicht beendet ist. Selbst in diesem Punkt wird Bundeskanzler Adenauer seine Übereinstimmung mit dem französischen Premierminister bekräftigen. Die große Besorgnis der Franzosen und der Deutschen konzentriert sich auf London."

Das ist deutlich genug! Frankreichs Sorge gilt natürlich dem "schmutzigen Krieg" in Algerien, wo eine Armee von über 600 000 Mann steht, die Frankreich nicht nur sehr viel Geld, sondern auch Prestige kostet. Solange dieser "schmutzige Krieg" andauert, und seine Armeen dort gebunden hat, ist es daran interessiert, daß die Bundesrepublik mit ihren Divisionen und Raketenabschlußbasen vor den Grenzen Frankreichs den "Schutz des Westens" übernimmt. Von Disengagement oder gar Abrüstung darf daher auf der Achse Bonn - Paris nicht geredet werden.

Kurz nach dem Besuch des französischen Ministerpräsidenten Debré wird der neue amerikanische Außenminister Herter in Bonn auftauchen. Herter ist natürlich über das Spiel zwischen Bonn und Paris unterrichtet. Seine Aufgabe dürfte es sein, Herrn Adenauer begreiflich zu machen, daß der Frieden in der Welt nicht durch sehr problematische Spezialinteressen Frankreichs und der Bundesrepublik gefährdet werden darf.

Es geht jetzt um mehr als die Fortsetzung eines Kolonialkrieges in Afrika und die Aufrechterhaltung der Bonner kalten Kriegspolitik, die ein Hindernis auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands und zur Überwindung zur Spaltung Europas ist.

"Harmonie des Schweigens" - von London gesehen.

Von unseren E.A.-Korrespondenten in London.

"In vollen Einvernehmen" werden am 11. Mai die westlichen Außenminister in Genf antreten; so hatte es das Pariser Communiqué versichert. Wie sie ihre Karten dort spielen wollen, darüber sicherte sehr wenig durch. Selbst Paris, wo die Diplomatie der Indiskretionen beheimtet ist, hielt diesmal dicht. Das Wenige, was in London zu erfahren war, bezieht sich auf die Abwehr der Chruschtschow-Vorschläge für Berlin und einen deutschen Friedensvertrag. Man kann es in drei Punkten zusammenfassen:

1. Die Westmächte sind entschlossen in Berlin zu bleiben und die 2 1/4 Millionen Westberliner nicht der kommunistischen Kontrolle Moskaus oder Pankows auszuliefern.
2. Die Wiedervereinigung Deutschlands kann nicht ohne Abhalten freier Wahlen vollzogen werden. Freie Wahlen, die bei dem westlichen Vorschlagspaket von 1955 an erster Stelle standen, werden allerdings jetzt nicht mehr als erster Schritt verlangt, sondern kommen erst in einer späteren Phase des Wiedervereinigungsprozesses zum Zuge.
3. Verhandlungsgrundlage mit den Russen wird ein Vorschlagspaket sein, bei dem ein Abkommen über Berlin eng gekoppelt wird mit Fortschritten zur Wiedervereinigung, die ihrerseits wieder gekoppelt werden mit Fortschritten zur europäischen Sicherheit.

Völlig unklar ist jedoch die Frage, was geschehen soll, wenn die Russen anfangen werden, das westliche "Paket" in seine Bestandteile zu zerpfücken. Zweifel, dass die Einhelligkeit die erste "harte Phase" der Verhandlungen überdauern wird, wurden von der britischen Presse ziemlich einmütig ausgedrückt. Es mag diplomatisch geschickt sein, mit einer "strammen Haltung" in Genf anzutreten, nur muss man wissen, nicht nur wie man taktieren, sondern auch welche positive Politik man vertreten will. Sonst würden nämlich die beim Aufmarsch zusammengestellten Bataillone Gefahr laufen, in weiteren Verhandlungs-Phasen in verschiedene Richtungen abzumarschieren. In der positiven Politik aber scheinen die westlichen Divergenzen unter der Oberfläche der Harmonie ungelöst weiter zu bestehen.

Die britische Politik zielt auf "echte, fruchtbare Verhandlungen" über Deutschland ab. Sie begrüßt die Teilnahme in irgendeiner zu vereinbarenden Form der Vereinten Nationen an einer Berlin-Regelung und empfiehlt weiter ihren Plan für die Rüstungsinspektion und Kontrolle. So hatte Selwyn Lloyd dem britischen Unterhause seine Absichten einem ihm zustimmenden Parlament auseinandergesetzt. Einen Tag darauf aber erklärte Aussenminister Couve de Murville in der französischen Nationalversammlung, Frankreich widersetze sich

- a) Verhandlungen über einen neuen Vertragesstatus bezüglich der alliierten Rechte und Pflichten in Berlin,
- b) Beteiligung der UNO in Berlin, und
- c) jedem Vorschlag von Zonen der Rüstungskontrolle in Europa (wahrscheinlich ausser vom "Atlantik zum Ural").

Die französische Nationalversammlung applaudierte.

In Washington aber äusserte Präsident Eisenhower die säuerliche Hoffnung, Dr. Adenauer möge noch dazu überredet werden, "einen kleinen Schritt" zu machen, um echte Verhandlungen zu ermöglichen...

So kann die einhellig in Paris gebilligte Ausgangsposition des Westens nicht darüber hinwegtäuschen, dass unter der Oberflächenharmonie die Dissonanzen der westlichen Politik fortbestehen. Es besteht eine gemeinsam gebilligte Ausgangsposition. Die westlichen Aussenminister haben ausgemacht, ihre Einheitsfront während der gesamten Diskussionen mit den Russen aufrechtzuerhalten. Infolgedessen werden sie, wenn auf Grund der russischen Haltung Entscheidungen über die weiter zu befolgende Politik heranreifen, wieder untereinander beraten müssen.

Die Gretchenfrage, was sie tun sollen, wenn die Russen "fortschritte zur deutschen Wiedervereinigung in Freiheit" wie zu erwarten ist, ablehnen, wurde in Paris vertagt. Von ihrer Beantwortung aber wird nach Londoner Ansicht das Resultat von Genf, Entspannung oder Verhärtung des Status Quo, abhängen.

Wenn Chruschtschow nach Oslo kommt ...

Oslo, Anfang Mai

Am Ende seiner Reise durch die skandinavischen Hauptstädte wird der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow in der Zeit von 20. bis 24. August in Oslo eintreffen. Man vermag noch nicht zu sagen, ob das vor oder nach dem Gipfeltreffen sein wird. Es hat den Norwegern einiges Kopfzerbrechen bereitet, Chruschtschow gesichert und standesgemäss zugleich unterzubringen.

Die norwegische Polizei ist weder bewaffnet noch verfügt man über eine grossartige Geheimpolizei. So war es denn das Beste, dass der norwegische König Olaf das in der Zeit von 1847 bis 1852 gebaute kleine Schloß Oscarshall auf der Schärenhalbinsel Bygdøy im herrlichen Osloer Innenfjord zur Verfügung stellte. Hier kommt man mit einer geringen Bewachung aus und im übrigen glaubt in Norwegen einfach niemand daran, dass man Chruschtschow etwas Böses antun wird, obgleich dieser Mann im Norden auf skeptische Zurückhaltung stossen dürfte und jedermann seine Jovialität höchst nüchtern betrachten wird.

Nach dem Willen der norwegischen Regierung wird es bei dem Chruschtschow-Besuch um zwei Dinge gehen. Einmal sind die Norweger stolz darauf, dem russischen Premier ihr Land zeigen zu können. Sie erwarten, dass sie mit ihrer freiheitlichen Demokratie doch einen gewissen Eindruck zu machen vermögen. Zum anderen wird es den Norwegern höchst konkret um eine Entspannung in Europa gehen und dabei wird vor allem die militärisch verdünnte Zone nach den modifizierten Vorstellungen des Rapackiplanes im Vordergrund stehen.

Seit 1935 regiert die Arbeiterpartei, die sozialdemokratische Partei in Norwegen, ununterbrochen mit Ausnahme der Besatzungszeit. Diese Arbeiterpartei hat aus Norwegen mit seinem einstmalig geringen industriellen Potential und den schwer um ihre Existenz ringenden Fischern und Kleinbauern in einem höchst unwirtschaftlichen Gebiet einen modernen Sozialstaat gemacht.

Sicher wird Chruschtschow den schmalen, nüchtern-bestimmten und zurückhaltenden norwegischen Ministerpräsidenten Gerhardsen auf die Nato-Zugehörigkeit Norwegens ansprechen. Aber Gerhardsen wird antworten können, dass Norwegen die Übernahme von Atomwaffen und die Stationierung befreundeter Truppen in Friedenszeiten abgelehnt hat. Dieser betonte Verzicht auf die aggressiven Elemente einer Nato-Fakt-Politik kann in der Tat in Oslo wie in den anderen skandinavischen Hauptstädten zu einem Ansatzpunkt vertiefter militärischer Entspannungsgespräche führen.

Chruschtschow wird um die Frage nicht herumkommen, warum denn in der Ostsee eine so starke sowjetische Flotte notwendig ist und weshalb die Russen über so starke Kräfte an der nordnorwegischen Grenze verfügen.

LEGION CONDOR ...

sp - Aus einer Fernsehsendung: "Was wissen Sie von Hitler?" - "Er hat die Autobahn gebaut, die Arbeitslosigkeit beseitigt und einige Juden umgebracht". - Das war, zusammengefaßt, die Antwort einer großen Anzahl von Volks- und Oberschülern in der Bundesrepublik, die dieser Tage "interviewt" wurden. Ein erschreckendes Beispiel dafür, wie wenig in der Bundesrepublik getan wird, um der nachwachsenden Generation begreiflich zu machen, was und wer Hitler wirklich war.

Jetzt kann man in der westdeutschen Presse lesen, eine Abordnung der "LEGION CONDOR" sei in Toledo von Bürgermeister der Stadt feierlich empfangen worden. Sie habe sich nach Spanien auf Einladung der "Blauen Division" begeben, um dort "gemeinsame Erinnerungen" zu pflegen.

Das liest sich so, als habe irgendein Gesangsverein einen Ausflug ins Grüne gemacht und sich dort mit einem anderen Gesangsverein getroffen.

Die Wirklichkeit: Die "LEGION CONDOR" wurde während des spanischen Bürgerkrieges 1935/1936 von Hitler gegründet und dem Generalissimus Franco zur Hilfe geschickt; Franco konnte ohne die Waffenhilfe der italienischen und deutschen Faschisten nicht mit den spanischen Republikanern fertig werden, die verzweifelt um die Erhaltung der Demokratie kämpften.

Die "LEGION CONDOR", ein deutsches Fliegerkorps, hat sich im spanischen Bürgerkrieg den traurigen Ruhm erworben, die Bevölkerung der offenen Stadt Guernica im rasanten Tiefflug mit Maschinengewehren beschossen zu haben. Kinder und Frauen, die sich auf der Flucht aus der Kampfzone befanden, wurden erbarmungslos niedergemäht. Der Name der Stadt Guernica wurde damals in der ganzen demokratischen Welt zum Begriff eines grausamen Gemetzels. Ein Aufschrei der Empörung ging durch England, Frankreich, Amerika, ein Aufschrei, der die Meldung vieler Freiwilliger zur Folge hatte, die der kämpfenden spanischen Republik helfen wollten.

Im Deutschland Hitlers wurde das alles natürlich totgeschwiegen. Mehrere Male dekretierte Propagandaminister Dr. Joseph Goebbels alle "jüdischen Lügenmeldungen" über den Einsatz deutscher Flieger in Spanien. - Als der spanische Bürgerkrieg zu Ende war, als das spanische Volk aus aber tausend Wunden blutete, empfing Hitler die Mitglieder der "LEGION CONDOR" in einem Triumphzug in Berlin. Mancher Orden stammt aus dieser Zeit, verliehen von Franco und Hitler an die "Asse" der "LEGION CONDOR".

Jetzt trifft man sich in Toledo mit den Mitgliedern der "Blauen Division", die von Franco während des zweiten Weltkrieges auf deutscher Seite "eingesetzt" wurde; wahrscheinlich als Dank für den Einsatz der "LEGION CONDOR" im spanischen Bürgerkrieg.

Es ist an der Zeit, daß die jungen Menschen in Deutschland endlich erfahren, welches der politische Inhalt jener Jahre war, in denen Diktatoren einen Teil Europas beherrschten. Wer Freiheit und Demokratie verteidigen will, muß erst einmal dafür sorgen, daß jeder weiß, wer die Freiheit und Demokratie zerstört hat.

Die Folgen der "Politik" eines Hitler, Mussolini und Franco sind heute noch nicht überwunden. Was diese Männer damals taten, schuf Voraussetzungen für all' die Schwierigkeiten, mit denen wir uns heute auseinandersetzen haben. Und deswegen wäre es besser, wenn die "LEGION CONDOR" zu Hause bliebe und nicht in Toledo "gemeinsame Erinnerungen" pflegte.

Das Minuten-Interview:

MdB Egon Franke

Landesvorsitzender der SPD in Niedersachsen

Zur Regierungsbildung in Hannover.

SPD-Pressedienst: Herr Franke, Sie haben ja wohl an den meisten Verhandlungen über die Regierungsbildung in Niedersachsen teilgenommen. Welches ist nach Ihrer Meinung der wesentliche Grund dafür, daß die Koalition unter Führung der SPD zustande kam?

MdB Egon Franke: Es gibt mehrere Gründe dafür, daß die neue Regierung in Niedersachsen unter Führung der Sozialdemokraten zustandekam. Einer dieser Gründe, und wie mir scheint, ein sehr bedeutsamer, ist die Entschlossenheit gewesen, mit der die Sozialdemokratie den Versuchen der CDU zur Gleichschaltung der kleineren Parteien und der Länderregierungen mitBonn entgegentrat. Ein Tatbestand, mit dem sich jeder Politiker vertraut machen muß, ist, daß gegenüber den von den beiden großen Parteien vertretenen Ansichten differenzierte Auffassungen bestehen. Als Träger dieser Meinungen besonderer Art sind Parteien notwendig, deren Anerkennung nicht in Zweifel gezogen werden sollte. Diese Anerkennung nicht nur deklariert, sondern bei den Verhandlungen um die Regierungsbildung in echter Partnerschaft von Seiten der SPD praktiziert zu haben, trug wesentlich dazu bei, daß BHE und FDP sich für eine Regierungskoalition mit den Sozialdemokraten in Niedersachsen entschlossen.

Ein weiterer Grund für BHE und FDP mit den Sozialdemokraten gemeinsam zu regieren, ist die allgemein bekannte Tatsache der geradezu sprichwörtlichen Zuverlässigkeit der Sozialdemokraten gegenüber gemeinsamen Vereinbarungen als erster Voraussetzung für loyale Zusammenarbeit.

Nicht zuletzt dürfte die Bereitschaft der Sozialdemokratie, den vertretbaren Forderungen zur Sicherung einer wirksamen Beteiligung von BHE und FDP an der parlamentarischen Arbeit zu entsprechen, den Ausschlag gegeben haben für das Zustandekommen der neuen Landesregierung in Niedersachsen mit Heinrich Wilhelm Kopf als Ministerpräsidenten.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel